



## Der Kampf um Preußen

Seit dem Volksbegehren auf Landtagsauflösung vom August 1931 wird ein erbitterter Kampf um Preußen zwischen der Weimarer Koalition und der Rechten geführt. Die Koalition mußte zwar Stück um Stück aufgeben, aber selbst nach ihrer Wahlniederlage am 24. April v. J. behauptete sie sich mit Hilfe der bekannten Aenderung der Geschäftsordnung vom 12. April v. J., wonach zur Wahl des preussischen Ministerpräsidenten nicht mehr wie bisher eine relative Mehrheit, also die verhältnismäßig höchste Stimmenzahl, notwendig sei, sondern die absolute Mehrheit, also die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen überhaupt. Diese Aenderung, deren Gültigkeit von der Rechtsopposition als unerlaubter Kniff bestritten wurde, hat im ganzen weiteren Kampf um Preußen die ausschlaggebende Rolle gespielt; denn die Rechtsparteien erhielten nicht die absolute Mehrheit, und so gelang es der Regierung Braun, obwohl sie eine Mißtrauenserklärung erhalten hatte, als „geschäftsführende Regierung“ weiter im Amt zu bleiben. Das Reich hat dann in den Kampf eingegriffen und die geschäftsführende Regierung Braun durch die Notverordnung vom 20. Juli zunächst beseitigt. Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober wurde die Verordnung zum Teil aufgehoben, und die Weimarer Regierung lehrte als „Hoheitsregierung“ wieder. Das Gerichtsurteil hat seinerzeit Aufsehen gemacht, weil es die Staatsnotwendigkeiten gänzlich außer acht gelassen und sich nur streng an den Buchstaben des Verfassungsrechts gehalten habe. Jedenfalls kam der Dualismus Reich-Preußen nun erst recht in Blüte. In der Folgezeit entwickelte sich zwischen der Hoheitsregierung und dem Reichskommissar für Preußen ein konkurrierendes Nebeneinander- und Gegeneinanderwirken, das oft absonderliche Formen annahm. Man erinnert sich noch, daß z. B. Reichskommissar und Hoheitsregierung in edlem Wettbewerb miteinander Gerhard Hauptmann zu seinem 70. Geburtstag die preussische Staatsmedaille überreichten. Was sich aber hinter den Kulissen in den preussischen Amtszimmern abspielte, war noch schlimmer. Um die Aufstellung des Haushaltsplans stritten sich beide Regierungen, und wenn jetzt die neue vom 6. Februar nicht gekommen wäre, so wären dem preussischen Landtag wahrscheinlich zwei Haushaltspläne vorgelegt worden. Gerade in dieser Zeit wurde monatlang hingeschleppt, weil sowohl der Reichskommissar wie die alte Regierung sich für zuständig hielten und die Alten dauernd zwischen den beiden Regierungen hin und her geschoben wurden.

Der Staatsgerichtshof hat seinerzeit gesagt, es liege nur beim Preussischen Landtag, durch die Bildung einer neuen Regierung dem unerträglichen Dualismus ein Ende zu machen. Das war aber leichter gesagt als getan, denn die Rechtsparteien verfügten nicht über die absolute Mehrheit, und zwischen Nationalsozialisten und Zentrum kam eine Einigung nicht zustande. Daher kam der Plan, es wie im Reich, mit einem neuen Parlament in Preußen zu versuchen, und so kam es zu dem zweiten Eingreifen des Reichspräsidenten in Preußen und zur Auflösung des Landtags.

Wie schon beim ersten Eingreifen muß man die politische und die juristische Seite auseinanderhalten. Daß der Dualismus nicht weiter bestehen kann, daß also das Eingreifen politisch gerechtfertigt ist, darüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Die juristische Seite der Frage ist nicht so ganz klar. Die Notverordnung legt in ihrer juristischen Begründung mehr Gewicht auf den Nachweis der Unhaltbarkeit des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober als auf den staatsrechtlichen Nachweis, daß ein Eingreifen des Reichs auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 geboten gewesen sei. Ministerpräsident Braun hat aufs neue den Staatsgerichtshof angerufen, und es bleibt abzuwarten, ob der Staatsgerichtshof Brauns Widerpruch gegen eine Auflösung im Dreimännerkollegium als einen Verstoß Preußens gegen die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten (Artikel 48 Abs. 1) gelten lassen wird. Man kann sich auf einen neuen langwierigen Prozeß gefaßt machen. Endgültig wird der Kampf aber erst durch die Wahlen vom 5. März entschieden.

### Die Klageschrift der Regierung Braun

Berlin, 7. Februar. Die Klageschrift der Regierung Braun fordert, der Staatsgerichtshof möge feststellen, daß die neue Preußenverordnung aufzuheben sei, weil sie weder mit der Reichsverfassung noch mit dem Staatsgerichtshofsurteil vom 25. Oktober in Einklang stehe. Die preussische Regierung habe sich auf den Boden der Staatsgerichtshofentscheidung gestellt, unbeschadet der Ansicht, daß auch das erste Staatsgerichtshofsurteil Preußen nicht in allen Punkten gerecht geworden sei. Wenn das Reich behaupte, Preußen habe durch das Verlangen, der Staatsregierung Ämter und Beamte zur Verfügung zu stellen, Verwirrung in das Staatsleben gebracht, so sei das zurückzuweisen. Die Regierung Braun sei noch sehr spar-

## Tagespiegel

Reichskanzler Hitler ist am Dienstag vormittag mit Flugzeug wieder von München in Berlin eingetroffen.

Staatssekretär a. D. Dr. Bredow hat sein Rücktrittsgesuch als Rundfunkkommissar des Reichspostministers eingereicht.

Die auf Donnerstag einberufene Sitzung des Reichstags, in der der Reichskommissar zum ersten Mal das Land Preußen zu vertreten gehabt hätte, ist abgesagt worden. Die Einberufung der nächsten Sitzung wird wahrscheinlich von der Stellungnahme der übrigen Länder zu der neuen Lage in Preußen abhängen.

Landtagspräsident Kerl hat die von Zentrum und Sozialdemokratie beantragte Einberufung des Verfassungskonvents des Preussischen Landtags abgelehnt.

Die ungarische Regierung hat politische Versammlungen sowie Umzüge und Kundgebungen unter freiem Himmel verboten.

Der Neunzehner-Ausschuss für den chinesisch-japanischen Streit ist nach den langen Beratungen plötzlich wieder zu dem Ausweg gekommen, der Völkerverbundversammlung die Annahme des durch die Tatsachen längst überholten Ostkonferenzberichts zu empfehlen. Dieses Umschwenken dürfte den Verzicht auf eine sachliche und die Beschränkung auf eine rein formale Lösung des Streits bedeuten. Dazu hätte man eigentlich den Neunzehner- und den Neuner-Ausschuss nicht gebraucht. Aber es sind nun doch wieder ein paar hunderttausend Mark mit zwecklosen Situationen, Redereien, Reisen usw. verpulvert; der Völkerverbund wird mit diesem „Erfolg“ zufrieden sein.

sam mit ihren Befugnissen umgegangen und man könne ihr unmöglich eine Pflichtverletzung aus der Ausführung des Staatsgerichtshofurteils und der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November unterstellen wollen. Der Regierung liege daran, daß das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in öffentlicher mündlicher Verhandlung durchgeführt werde.

Die 16 Seiten Klage und 53 Seiten Briefwechsel umfassende Schrift ist am Dienstag vormittag im Staatsgerichtshof in Leipzig übergeben worden. Der Klageantrag lautet: „Die auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar 1933 steht mit der Reichsverfassung nicht in Einklang und ist daher ungültig.“

### Zentrum gegen die Preußen-Maßnahmen

Berlin, 7. Febr. In Zentrumskreisen wird erklärt, das Zentrum sei der Meinung, daß das jüngste Vorgehen gegen Preußen nicht der Verfassung entspreche. Die Zentrumspartei werde diese Auffassung in einer Kundmachung näher darlegen und sich dabei auf das Gutachten einer staatsrechtlichen Autorität stützen. Im Ständigen Ausschuss des preussischen Landtags werde das Zentrum gleichfalls seine grundsätzliche Stellungnahme gegen die neue Verordnung darlegen und sich bei der Abstimmung wohl der Stimme enthalten. Was die neue Klage beim Staatsgerichtshof anlangt, so habe das Zentrum bisher nicht vorzuleben, sich an dem Streitverfahren zu beteiligen. Sobald der Ministerpräsident mit seiner Klage durchdringe, sei ja der Auflösungsbeschluss des Dreimännerkollegiums ohnehin zurückgewiesen.

Die Haltung der Sozialdemokraten und der Kommunisten dürfe in diesen Fragen eine ähnliche sein.

### Überwachungsausschuss verlagert

Berlin, 7. Febr. Als der Reichstagsausschuss für Wahrung der Rechte der Volksovertretung heute vormittag unter Vorsitz des Abgeordneten Löbe (Soz.) zusammentrat, erklärte der stellv. Vorsitzende Abg. Dr. Frank (NS.), seine Fraktionsfreunde werden die Ausschussführung unter dem Vorsitz Löbes unmöglich machen, da Löbe im Wahlkampf in Lippe Hitler in unflätigster Weise beschimpft habe. Er beantragte Unterbrechung, um einen neuen Vorsitzenden zu wählen. In dem folgenden Värm konnte Löbe nicht mehr zu Wort kommen; er unterbrach die Sitzung auf eine halbe Stunde, die sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder kehrten aber danach mit Ausnahme des Abg. Torgler nicht mehr in das Ausschusszimmer zurück. Abg. Dr. Frank verlagte darauf den Ausschuss auf unbestimmte Zeit.

### Beschwerde Löbes

Berlin, 7. Februar. Abg. Löbe hat in einem Schreiben dem Reichstagspräsidenten Göring mitgeteilt, die natio-

Der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Baden, Abg. Köhler, verlangt in einem Schreiben an das Staatsministerium auf Grund der Dietramszeller Sparanordnungsverordnung vom August 1931 die Auflösung des Landtags und Neuwahlen für 5. März. In einem weiteren Schreiben an den Staatspräsidenten wird die Wiederanstellung aller Beamten gefordert, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP in Baden entlassen worden sind.

Der lippsche Landtag hat zu Mitgliedern der Landesregierung die nat.-soz. Abgeordneten Dr. Krappke, Adolf Wedderwille und Landwirt Köpper, zum Landtagspräsidenten den Abg. Helms (Nat.-Soz.) und zum Vizepräsidenten Linne (Soz.) gewählt.

Auch am Montag und Dienstag waren in verschiedenen Städten Deutschlands wieder politische Bluttaten mit Todesfolge oder schweren Verletzungen zu verzeichnen.

In Münster (Westf.) mußte ein Vortrag des Professors Heimann-Hamburg über sozialistische Planwirtschaft wegen Lärms abgebrochen werden.

Der frühere ungarische Abgeordnete, Kammerpräsident und Minister Graf Albert Apoungi ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Er war eine der markantesten politischen Persönlichkeiten der neueren Geschichte. Der Tod hat in ganz Ungarn tiefe Trauer hervorgerufen. Im Hauptauschuss der Genfer Abrüstungskonferenz wurde eine Trauerkundgebung veranstaltet.

Der holländische Minister für Landesverteidigung hat die Verbreitung und das Halten sozialistischer Blätter in Heer und Marine verboten.

Der amerikanische Senat hat einer 10prozentigen Kürzung der mehr als 1000 Dollar jährlich betragenden Militärgehälter zugestimmt.

## Neue Nachrichten

### Der König von Dänemark beim Reichspräsidenten

Berlin, 7. Febr. Der König von Dänemark, der sich heute auf der Durchreise nach Cannes (Südfrankreich) in Berlin aufhielt, stattete dem Herrn Reichspräsidenten einen privaten Besuch ab. Anschließend nahmen der König und die Königin beim Reichsaußenminister Frhrn. v. Neurath das Frühstück ein.

### Länderkonferenz?

Berlin, 7. Febr. Die bayerische Staatsregierung hat sich wegen der jüngsten Maßnahmen gegenüber Preußen mit dem Reichsinnenminister Dr. Frick in Verbindung gesetzt unter Hinweis vor allem auf die veränderte Sachlage im Reichsrat. Die bayerische Regierung soll an ihrem vor dem Staatsgerichtshof vertretenen Standpunkt festhalten, es sei unmöglich, daß Mitglieder des Reichsrats in ihrer Eigenschaft als Reichskommissare oder Landesorgane im Reichsrat mitwirken. Wie verlautet, hat der Reichsinnenminister die Absicht, zu Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche eine Länderkonferenz nach Berlin einzuberufen. Vom Ergebnis dieser Besprechung wird die weitere Arbeit im Reichsrat wesentlich abhängen. Eine Entscheidung darüber, ob Bayern sich der preussischen Klage vor dem Staatsgerichtshof wieder anschließt, ist noch nicht gefallen.

### Entschließung der nationalsozialistischen Journalisten

Berlin, 7. Februar. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht eine Entschließung der Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten, die dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Reichsministern des Innern und der Justiz telegraphisch übermittelt worden ist. Die Reichsarbeitsgemeinschaft begrüßt in ihrer Entschließung die Verordnung zum Schutz des deutschen Volks und wendet sich dann sehr scharf gegen die Erklärung des





Sport

Non-Stop-Flug England-Kapstadt. Ein englisches Militärflugzeug ist am Montag früh 7.15 Uhr in Cranwell (England) zu einem Non-Stop-Flug (d. h. zu einem Flug „ohne Halten“ unterwegs) nach Kapstadt gestartet.

In Lompne ist ferner am Montag früh 8.15 Uhr der englische Langstreckenflieger „Wolffson“ zu einem Flug nach Natal in Brasilien mit Zwischenlandung in Senegal aufgetreten. Sein Flugzeug „The heoris content“ (Herzenslust) hat einen 130 PS starken Motor; um an Gewicht zu sparen, ist die Tankanlage weggelassen. „Wolffson“ hofft, die 4800 km. lange Strecke in höchstens dreieinhalb Tagen zurücklegen und den Rekord des französischen Flugzeugs „Arc-en-ciel“ (Regenbogen) um einen ganzen Tag unterbieten zu können.

Handel und Verkehr

„Graf Zeppelin“-Jahrplan 1933

Die planmäßigen Südamerikafahrten des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ für Reisende, Post und Fracht werden am 6. Mai ab Friedrichshafen wieder aufgenommen. Zunächst wird jeweils am ersten Samstag eines jeden Monats eine Abfahrt von Friedrichshafen stattfinden; ab 2. September wird, entsprechend der fortschreitenden Fertigstellung der Luftschiffhäfen in Brasilien und Spanien, ein 14tägiger Turnus wie im vergangenen Jahr eingerichtet und bis zur Abfahrt am 28. Oktober aufrechterhalten. Alle Fahrten werden bis Rio de Janeiro durchgeführt. Für spanische und portugiesische Reisende sind Zwischenlandungen in Barcelona oder Sevilla vorgesehen. Die gesamte Fahrzeit von Friedrichshafen über Pernambuco bis Rio de Janeiro beträgt 4 Tage; bis Buenos Aires kann man bei Benützung des unmittelbaren Flugzeugankunftsdienstes ab Rio de Janeiro in 5 1/2 Tagen gelangen. Die Fahrt von Friedrichshafen bis Rio kostet jetzt noch 1900 M. einschließlich voller Verpflegung. Im Fahrpreis sind 120 Kilogramm freies Gepäck eingeschlossen; 20 kg. davon können im Luftschiff mitgenommen werden, während die übrigen 100 kg. kostenlos mit einem deutschen Seeschiff befördert werden.

Außer den Südamerikafahrten wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ in diesem Jahr wieder eine Reihe der beliebtesten Schweißfahrten ausführen. Fahrten mit Zwischenlandungen außerhalb Friedrichshafen können nicht mehr ausgeführt werden.

- Berliner Pfundkurs, 7. Febr. 1.43 G., 14.47 B.
Berliner Dollarkurs, 7. Febr. 4.209 G., 4.217 B.
100 franz. Franken 16,435 G., 16,475 B.
100 Schweizer Franken 81,22 G., 81,38 B.
100 öfter. Schilling 49,45 G., 49,55 B.
Dt. Wbl.-Anl. 63,90.
Privatdiskont 3,875 v. H. kurz und lang.
Würtl. Silberpreis, 7. Febr. Grundpreis 39,30 RM. d. Kg.

rig sind, hat sich der Holzgasbetrieb beim Benzolbetrieb gegenüber als technisch gleichwertig herausgestellt. Die Betriebskosten für Holzgas betragen je nach dem Holzpreise 1/2 bis 1/3 der Kosten bei Benzolbetrieb. Die geringfügige Minderleistung hinsichtlich der Ladefähigkeit infolge des Rückfahrens von Holz und des zusätzlichen Gewichts des Gaszeugers ist ohne große Bedeutung.

Kartellkupferpreis wieder erhöht. Das amerikanische Kupferkartell hat den Elektrolytkupferpreis mit Wirkung vom 7. Februar von 5 auf 5,05 Dollarcento je lb. eis Europahäfen erhöht.

Stillelegung. Die Gewerkschaft Sachsen in Münster (Westf.) hat die Anzeige erstattet, daß die Zeche Sachsen am 31. März ds. Js. stillgelegt wird.

Stuttgarter Börse, 7. Febr. Die heutige Börse war durchweg leiser. Am Rentenmarkt waren Württ. Hypothekendarlehen Goldpfandbriefe heute stark gefragt und 1,5-2,5 v. H. höher, während Württ. Kreditverein Goldpfandbriefe bei nachlassendem Angebot wenig verändert waren. Württ. Wohnungskreditanstalt Goldpfandbriefe eine Kleinigkeit niedriger. Kitzbühnerleihe 6,5% (plus 3%) v. H. Der Aktienmarkt war bei kleinem Umfange fest. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 7. Febr. Weizen märk. 18.50-19. Roggen 15.40-15.60, Braugerste 16.50-17.50, Futter- und Industrieernte 15.80-16.40, Hafer 11.50-11.80, Weizenmehl 22.65-25.90, Roggenmehl 19.90-21.90, Weizenkleie 8.10-8.50, Roggenkleie 8.70-9.

Bremen, 7. Febr. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 7,15.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 7. Febr. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachtstadel wurden zugetrieben: 40 Ochsen, 58 Bullen, 243 Jungbullen, 379 Rinder, 359 Kühe, 1272 Käber, 1982 Schweine, 3 Schafe. Davon blieben unverkauft: 9 Ochsen, 30 Jungbullen, 89 Rinder, 10 Kühe, 50 Schweine. Verkauf des Marktes: Großvieh langsam, Ueberstand; Käber ruhig; Schweine langsam, Ueberstand.

Table with market prices for cattle, pigs, and sheep. Columns include category, weight, and price. Includes sub-sections for 'Kühe', 'Kälber', and 'Schweine'.

Ulmer Schlachtviehmarkt, 7. Febr. Zutrieb: 10 Ochsen, 13 Bullen, 11 Kühe, 13 Rinder, 243 Käber, 209 Schweine. Preise: Ochsen a 24-26, Bullen a 19-20, b 16-18, Kühe b 11-16, Rinder a 24-26, b 21-23, Käber a 28-30, b 24-26. Schweine a 32-34, b 29-31 Markt. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam, Käber und Schweine Ueberstand.

Borsheimer Schlachtviehmarkt, 7. Febr. Zutrieb: 4 Ochsen, 8 Kühe, 43 Rinder, 17 Bullen, 43 Käber, 387 Schweine. Preise: Ochsen a 26-28, b 23-25, Bullen a 24, b und c 23-21, Kühe a 22, b und c 18-12, Rinder a 28-30, b 25-27, Käber b 34-36, c 30-33, Schweine b 38-39, c 37-39 Markt. Marktverlauf langsam.

Viehpreise. Blaubeuren: Kühe 140-220, Kalbeln 250-300, Jungbullen 65-120, - Gschwend: Stiere 120-140, Kühe 60 bis 320, Kalbinnen 160-320, Jungvieh 70-140. - Hechingen: Rinder 70-280, trachtige Kalbinnen und Kühe 280-400, Württ. Kühe 80-140, - Cangenau: Jungbullen 55-138, Jungbullen 66-120, Kalbeln 205-320. - Oberndorf a. N.: 1 Paar Schlachtochsen 600-660, 1 Paar Zugochsen 340-460, trachtige Kühe und Kalbinnen 280-350, Rinder 75-135 Markt.

Schweinepreise. Ulm: Milchschweine 13-16.50. - Blaubeuren: Milchschweine 12-20. - Gschwend: Milchschweine 10 bis 15. - Hechingen: Milchschweine 12.50-17. - Ludwigsburg: Milchschweine 12-17, Käufer 23-24. - Niederstetten: Milchschweine 13-17. - Oberndorf a. N.: Milchschweine 13-17.50. - Ochsenhausen M. Biberach: Milchschweine 12.50-19, Käufer 20-27.50, Mutterchweine 93. - Riedlingen: Milchschweine 14 bis 16, Käufer 32.50-37.50, Mutterchweine 95-100. - Tullingen: Milchschweine 10-15. - Würtlingen M. Urach: Milchschweine 12-15 Markt.

Borsheimer Pferdmarkt, 7. Febr. Zufuhr: 128 Pferde, darunter 1 Fohlen. Preise: leichte Pferde 180-350, mittlere 400-800, schwere 900-1200, Schlachtpferde 60 Markt.

Fruchtpreise. Leutkirch: Weizen 10.50, Gerste 8.15-8.30, Haber 6.60-7. - Riedlingen: Braugerste 7.50-8, Hafer 6.30. - Tullingen: Weizen 10-11, Gerste 8-9, Roggen 8.50-8.80, Haber 6.20-6.70 Markt.

Stuttgarter Großmarkt, 7. Febr. Sehr gut beliefert wurde der Gemüsegroßmarkt. Kraut 4-5, Möbi und Rotkraut 5-6, Grünkohl 10, Spinat 25-30, Aderkohl 1,2 M., Rosenkohl 15-20, d. d. Bld., Schwarzwurzeln 20-35, Radishes 10-15, getriebener Rhabarber 30, d. der Bund. - Obst: Äpfel 15-25, d. für Tafelforten, bis zu 30, d. für Edelforten. Gute Orangen waren schon zu 12, d. Bld. erhältlich. - Landbutter 95, bis 1 M. (Kochbutter 90, d. Bld.), Zentrifugbutter 1,1-1,15 M., Wollereibutter 1,25-1,3 M. d. Bld., Landeier je nach Schwere 8,5-12, weniger häufig 13, Enteneier 8,5-9, Gänseeier 35-40, d. d. St.

Das Wetter

Die Wirksamkeit im Nordwesten besteht fort. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch unbeständiges, allmählich weniger mildes Wetter zu erwarten.

Während der WEISSEN WOCHE 10% auf alle weißen Waren

Mäntel Kleider
Hochwertige Ware in modernen Stoffen und Pelzbesätzen...
Mk. 24.00 35.00 46.00
Lodenmäntel Mk. 16.00, 19.75, 25.00, 34.00, neu eingetroffen.

Metzgerstr. C. BERNER Blumenstr.

Trauerfäden schwarz gefärbt in der Färberei Wüßt werden einwandfrei und sehr preiswert
Annahme: Korsettgeschäft Wandpflug, König-Karlstr.

Steinsprengungen. Bei der Bornahme von Kanalisationsarbeiten in der König-Karlstraße beim Postamt werden durch den Unternehmer Hermann Bott, Baugeschäft hier, in der Zeit vom 8. Februar bis 8. März 1933, je vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr Steinsprengungen vorgenommen.

Wildbad, den 8. Februar 1933. Bürgermeisteramt.

Frische Seefische äußerst billig!

- Kabliau im Anschnitt . . . Pfund 20
Schellfisch ohne Kopf - Merlan
Filet ohne Bauchlappen . . . Pfund 35
Büclinge . . . Pfund 20
Salz-Heringe, große . . . 3 Stück 20
Rohmops u. Bismarckheringe, große 3 Stück 25
Schneeweizer Blumenkohl große Köpfe Stück von 28 an
1 Pfund Nasen 3 Pfund Zwiebeln
2 Paar Büschchen auf. für 45 5 Stück Zitronen auf. für 45
Frische Eier . . . 10 Stück 95
1 Pfund Voll-Reis 1 Dose Delfardinien
10 Stück Bouillon-Würfel auf. für 45 1 Stück Romabour auf. für 45
Reis-Stroh-Befen . . . Stück 85
1 Pfund gelbe Erbisen 2 Krans Feigen
1 Pfund Hart-Orten 1 Pfund Orangen, süße auf. für 45 auf. für 45
Frischer Heringsalat 1/4 Pf. 20
Mehl-Abichlag! Brotmehl . . . 5 Pfund 85
5% LUGER 5% Rabatt!

Wildbad, den 7. Februar 1933.

Todesanzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere einzige, innigstgeliebte, herzensgute Tochter Maria

im Alter von 20 Jahren, nach kurzer, schwerer Krankheit, zu ihrem Bruder Josef wohlüberreitet in die ewige Heimat heimzuholen. In tiefer Trauer: Die Eltern: Josef und Maria Weber Bahnhof. Beerdigung: Donnerstag den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Waldfriedhof.

Frische Fische diese Woche ganz billig!

- Weißwaren-woche!
Auszug-Edelmehl 4 Pfund nur 87
Weizenmehl, Schneeweiß 4 Pfund nur 78
Cecos-Spritz-Fett (100% Fettgehalt) 2 Tafeln nur 59
Reines Schweine-Schmalz Pfund nur 54
Voll-Reis 2 Pfund nur 35
Thams & Garfs

Seefische kaufen Sie stets frisch und billig im Spezialgeschäft

- Kabliau -.28
Filets -.45
Schellfisch -.35
Merlan -.25
Bratheringe -.25
Rotzungen -.95
Hente frisches Rehragout Pfd. 55 Pfg.
Ad. Blumenthal Telephon 264
Bestellungen nimmt auch Herr Kaufmann Treiber für uns an

Ankurbeln heißt das Wort der Zeit. Jetzt müssen sich die Hände rühren. Jeder Geschäftsmann müßte fleißig im „Wildbader Tagblatt“ inserieren, wenn er den Umsatz steigern will.